

# Hoffnung auf Demokratie

## Die Philippinen nach den Parlamentswahlen

Die Parlamentswahlen auf den Philippinen brachten der regierenden „Bewegung für eine neue Gesellschaft“ (Kilusang Bagong Lipunan) letztlich doch noch den erwarteten Erfolg. Sie wird im 200 Sitze zählenden Abgeordnetenhaus künftig über eine knappe Zweidrittelmehrheit verfügen, allerdings nur unter Einschluß der 17 von Staatspräsident Marcos direkt ernannten Parlamentarier. Die oppositionelle „United Nationalist Democratic Organisation“ (UDO) erhielt dagegen nur etwa ein Viertel der Mandate. Weitere zwanzig Sitze entfallen auf Vertreter kleinerer Parteien und Einzelbewerber.

Das Ergebnis bedeutet trotz allem eine *vernichtende moralische Niederlage* für Marcos, dessen KBL ihren Sieg wohl nur der massiven *Wahlbeeinflussung* verdankt. Bereits im Vorfeld der Wahl hatte man die Gehälter der Staatsbediensteten erhöht, das Angebot an Konsumwaren verbessert und auch ansonsten nicht mit Wahlgeschenken, ja Bestechungsgeldern geizt. Aber erst umfangreiche Manipulationen des Wahlvorgangs, die die Stimmenauszählung schließlich um über zwei Wochen verzögerten, konnten die KBL vor einer drohenden Niederlage bewahren. Marcos errang somit allenfalls einen Pyrrhus-Sieg, der in aller Deutlichkeit zeigt, in welchem hohem Maße er das Vertrauen der Öffentlichkeit verloren hat.

## Die Erben Benigno Aquinos im Aufwind

Die philippinische Nationalversammlung besitzt nur geringe Machtbefugnisse, da allein der Staatspräsident die Richtlinien der Politik bestimmt. Insbesondere kann er durch sein Veto die Verabschiedung von Gesetzen verhindern (Einspruch ist hiergegen nur mit Zweidrittel-Mehrheit möglich) und notfalls sogar Dekrete ohne die Zustimmung des Parlaments erlassen (vgl. HK, September 1981, 467). Entsprechend hatte die Wahl eher *symbolischen Charakter* – für Marcos ging es darum, gegenüber dem Ausland, insbesondere den USA, weiter den Schein der Demokratie zu wahren, während sich für die oppositionellen Kreise die Chance bot, das diktatorische Regime bloßzustellen. Die Menschenrechtsverletzungen, die Korruption und nicht zuletzt die sich rapide verschlechternde Wirtschaftslage des Landes haben die Autorität der Regierung mehr und mehr untergraben. Über die Hälfte der Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsschwelle, die Arbeitslosenquote beträgt 25%, und die Inflationsrate stieg seit Beginn des Jahres auf etwa 40%.

Angesichts der Tatsache, daß auch die Gegner Marcos' kaum attraktive Alternativprogramme zur Lösung der drängenden Wirtschaftsprobleme vorweisen können, konzentrierte sich der Wahlkampf vorwiegend auf die *moralische Seite* der Herrschaft des Staatspräsidenten. Die Ausgangslage war dabei für die Opposition nicht sonderlich günstig, fehlt es ihr doch an der notwendigen Geschlossenheit. So gibt es annähernd 40 Oppositions-

parteien, die zumeist separat auf einer nur schmalen regionalen Basis operieren. Von überregionaler Bedeutung ist allein die Unido, ein Zusammenschluß von 10 Parteien, die bei aller Kooperation aber bestrebt sind, ihr eigenes Profil zu bewahren. Sie ist eher ein Zweckbündnis gegen Marcos, als daß sie durch ein gemeinsames Programm geeint würde. Gerade ihr Eintreten für eine Rückführung der Philippinen zur Demokratie hat ihr jedoch in der Öffentlichkeit viele Sympathien verschafft. So konnte sie sich auch als Sachwalterin des Erbes Aquinos darstellen, zumal dessen Witwe offen für sie votierte.

In der Wirtschafts- wie Außenpolitik steht die Unido Marcos recht nahe, da auch sie eine enge Bindung an die USA befürwortet. Ohnehin finden sich in ihren Reihen viele Vertreter der Oberschicht, die Marcos früher einmal unterstützten, sich dann von ihm aber aus moralischen Gründen abwandten. Diese Verbindung der Unido zu den herrschenden Kreisen belastet sie zwar etwas, hilft ihr jedoch zugleich, sich als weit weniger radikale Alternative zum jetzigen Regime zu präsentieren als andere politische Gruppierungen. Ihr Führer, der ehemalige Senator *Salvador Laurel*, rechnet sich deshalb gute Chancen für die 1987 anstehende Präsidentschaftswahl aus. Bei der jetzigen Wahl kandidierte er nicht, möglicherweise um seine Anwartschaft auf das Amt des Staatspräsidenten nicht mit dem Makel einer Wahlniederlage zu behaften. Zudem hätte er bei einer Kandidatur nicht ganz glaubwürdig gewirkt, nachdem er nach der Ermordung Aquinos demonstrativ auf sein Parlamentsmandat verzichtet hatte.

## Niederlage für die Boykott-Front

Die zweite bedeutende Gruppierung innerhalb der Opposition bilden jene prominenten Politiker, die sich auch als ideologische Alternative zu Marcos verstehen. Hierzu zählen führende Mitglieder der Menschenrechtsbewegung, darunter der langjährige Senator *José Diokno*, der sich u. a. als Strafverteidiger von Priestern einen Namen gemacht hat, aber auch Exilpolitiker wie der ehemalige Präsidentschaftskandidat *Raul Manglapus*, einst Mitbegründer der christlichen Sozialbewegung. Diese Gruppe tritt vor allem für eine Nationalisierung der philippinischen Wirtschaft und die Lockerung der Bindungen an die USA ein, wie Diokno noch kürzlich auf einem katholischen Jugendforum in Hongkong erklärte. Allerdings reicht ihr Spektrum mittlerweile von der politischen Mitte bis zur extremen Linken, ja Teile der mit ihr verbundenen „Nationalistischen Allianz“ Lorenzo Tanadas sollen kommunistisch unterwandert sein.

Die Vertreter dieser Richtung betrachteten die Wahl von vornherein als *Farce*, die nur der schein-demokratischen Legitimierung des jetzigen Regimes diene. Angesichts ihres Erfolges bei der Volksabstimmung über einige Verfassungsänderungen, an der sich Ende Januar nach einem

Boykott-Aufruf inoffiziell nur etwa 35% der Wahlberechtigten beteiligt hatten, plädierte sie auch diesmal wieder für eine *Wahl-Abstinenz*. Die Boykott-Front bröckelte jedoch recht bald ab, zumal ihr die Familie Aquino weitgehend die Unterstützung versagte (nur dessen Bruder Agapito erklärte sich für den Boykott). So blieben die Wahl-Gegner schließlich weit unter ihrem gesteckten Ziel, da nur etwa 3 Millionen der 25 Millionen Wahlberechtigten Stimmenthaltung übten.

Trotz des für viele Filipinos sicherlich enttäuschenden Wahlausgangs bleibt damit immerhin festzuhalten, daß die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung die Wahlen als eine Gelegenheit begriff, sich freimütig politisch zu äußern, und sich auch durch mögliche Manipulationen nicht einschüchtern ließ. Das demokratische Bewußtsein wurde hierdurch sicherlich gestärkt. Einen erheblichen Anteil hat daran wohl auch eine private Initiative, das von dem Geschäftsmann *José Concepcion* ins Leben gerufene „National Citizens' Movement for Free Elections“. Dessen etwa 300 000 freiwilligen Helfern, die vor allem von engagierten katholischen Laien wie von kirchlichen Stellen unterstützt wurden, ist es zu verdanken, daß manche Wahlfälschungen frühzeitig aufgedeckt wurden.

### Differenzen in der katholischen Kirche

Die Frage eines Wahl-Boykotts wurde auch im kirchlichen Bereich heftig diskutiert. Die *Bischofskonferenz der Philippinen* enthielt sich einer eindeutigen Stellungnahme, zumal offensichtlich kein Konsens zu erzielen war. Sie betonte Anfang Januar in einer offiziellen Erklärung, jeder Gläubige habe „unter normalen Bedingungen“ zwar die moralische Verpflichtung zu wählen, doch könne sie „keine konkrete Empfehlung abgeben, wen man wählen oder ob man in dieser zweifellos alles andere als normalen Situation überhaupt wählen solle“.

Gleichwohl riefen zahlreiche Bischöfe die Gläubigen zur Teilnahme an der Wahl auf. So zeigte der Erzbischof von Manila, Kardinal *Jaime L. Sin*, zwar Verständnis für die Befürworter des Boykotts, meinte aber, die Wahl sei die einzige Möglichkeit, politisch etwas in Bewegung zu bringen. Insbesondere könne man sie als einen guten Test ansehen, inwiefern Marcos noch das Vertrauen der Bevölkerung genieße (vgl. KNA 11. 2. 84). Wiederholt kritisierten Sin und andere Bischöfe zugleich die Versuche der Regierung, das Verhalten der Wähler zu manipulieren. Oberhirten, die – wie etwa Bischof *Ramon Villena* von Tagum – die Fälschung von Wählerverzeichnissen oder andere Arten des Wahlbetrugs anprangerten, mußten dabei z. T. üble Pressekampagnen der staatlich gelenkten Medien über sich ergehen lassen.

Ein nicht unbeträchtlicher Teil des Klerus wie auch verschiedene, sozial tätige kirchliche Organisationen ergriffen dagegen die Partei der Wahl-Boykotteure. Bischof *Orlando B. Quevedo* von Kidapawan, ein entschiedener Kritiker des Marcos-Regimes, erklärte öffentlich, er werde der Wahl fernbleiben, wollte dies aber ausdrücklich nur als persönliche Meinungsäußerung verstanden wis-

sen. Andere Vertreter der Kirche riefen wiederum auch ihre Mitbrüder und -schwestern zur Solidarität mit den Wahl-Gegnern auf. Nach Angaben des Leiters der „Association of the Major Religious Superiors in the Philippines“, *Louis Hechanova*, der selbst entschieden für die Wahl-Abstinenz plädierte, wurde der Boykott schließlich in sieben Diözesen fast einmütig vom Klerus unterstützt (vgl. UCA News 16. 5. 84). Hierbei handelt es sich hauptsächlich um Kirchensprengel, die von den Kämpfen zwischen dem Militär und kommunistischen bzw. muslimischen Aufständischen besonders betroffen sind und in denen auch zahlreiche kirchliche Mitarbeiter Opfer von Übergriffen der Armee wurden.

Die Diskussionen um das Wahlverhalten führten gelegentlich zu *innerkirchlichen Auseinandersetzungen*, die sich vor allem an den Aktivitäten von „Namfrel“ entzündeten. Diese Organisation wurde offen von 18 Bischöfen und einer großen Zahl von Priestern und Ordensleuten unterstützt, indem sie ihr kirchliche Einrichtungen zur Verfügung stellten oder auch selbst aktiv in ihr mitarbeiteten. Mitglieder der Boykott-Front lehnten dagegen vielfach die Tätigkeit von „Namfrel“ ab, da sie – so etwa Hechanova – letztlich nur eine amoralische Regierung legitimiere (vgl. UCA News, 16. 5. 84). Mehrere Priester der Diözese Tagbilaran monierten sogar öffentlich, daß ihr Bischof in einem Rundschreiben alle Kleriker und sonstigen Mitarbeiter der Kirche ausdrücklich zur Unterstützung von „Namfrel“ aufrief und jene zum Gehorsam mahnte, die sich an einem Protestmarsch gegen die Wahlen beteiligt hatten. Sie erblickten hierin eine Diffamierung der Boykott-Bewegung und eine einseitige Stellungnahme zugunsten einer der Unido nahestehenden Gruppierung (vgl. UCA News, 9. 5. 84).

### Hoffnung für die Demokratie?

Der Regierung kam die innerkirchliche Kontroverse nicht ungelegen, zumal eine Polarisierung der Meinungen die gemäßigten Kreise der Kirche eher für sie günstig stimmen konnte. Sie war sogar zu einigen *versöhnlichen Gesten* bereit, nachdem sie noch in den ersten Monaten des Jahres verschärft gegen mißliebige engagierte Katholiken vorgegangen war. So wurde der seit über einem Jahr dauernde „Mindanao-Prozeß“ gegen drei Priester und sechs Kirchenmitarbeiter beendet, denen man grundlos die Ermordung eines Bürgermeisters angelastet hatte. Allerdings stellte man das Verfahren nur „mangels Beweisen“ ein, und zudem müssen zwei der Angeklagten, ausländische Missionare, das Land verlassen. Der eigentliche Grund für die Strafverfolgung dürfte wohl gewesen sein, daß die Beschuldigten in ihrem gesellschaftlichen Engagement in Konflikt mit Großgrundbesitzern und Behörden gerieten. Ohnehin leiden gerade jene Mitarbeiter der Kirche unter der staatlichen Willkür, die sich in den kirchlichen Sozialdiensten exponieren oder in Basisgemeinden eine rege Tätigkeit entfalten.

Staatspräsident Marcos dürfte den Prestige-Verlust, den ihm der Wahlausgang brachte, nur schwer überwinden,

zumal er auch vier Minister und sechs stellvertretende Minister entlassen mußte, weil sie kein Mandat erringen konnten. Einer der wenigen Gewinner im Regierungslager ist Premierminister *Virata*, der seine – vorher keineswegs sichere – Wahl als persönlichen Erfolg betrachten kann. Marcos will zwar trotz allem nicht auf seine diktatorischen Vollmachten verzichten und 1987 wieder für die Präsidentschaft kandidieren, doch wird er in Zukunft auch im eigenen Lager einen schwereren Stand haben. Ob die Unido ihren Erfolg nutzen kann, hängt vor allem davon ab, wie es ihr gelingt, sich als Opposition zu konsoli-

dieren. Zudem muß sie ihre fachliche Kompetenz in Wirtschaftsfragen erst noch unter Beweis stellen.

Immerhin gibt es aber einen Hoffnungsschimmer, daß die Philippinen allmählich den Weg zur Demokratie zurückfinden. Dieses Fazit zog jedenfalls Kardinal Sin, indem er erklärte, die Wahlen „markieren das Ende des Fatalismus unserer Menschen angesichts einer Unterdrückungsmacht“. Die Filipinos seien „nach langen Jahren des Leidens und des Exils auf dem Wege, in ihr zerstörtes Haus zurückzukehren und es wieder in Ordnung zu bringen“ (vgl. UCA News, 30. 5. 84).  
*Peter Drews*

## Kurzinformationen

In den französischen Schulstreit hat sich, wenige Wochen bevor der französische Staatspräsident den umstrittenen Gesetzesentwurf über die Anpassung der (katholischen) Privatschulen an das staatliche Schulsystem zurückzog, auch der Vatikan bzw. der Papst persönlich eingeschaltet. Der Papst tat dies zwar nicht direkt, kein Land, auch Frankreich nicht, wurde genannt. Aber der dafür gewählte Anlaß und Zeitpunkt ließ keinen Zweifel, daß damit Frankreich nicht ausschließlich, aber doch in erster Linie gemeint war. Johannes Paul II. widmete seine Rede vor den Kardinälen und Angestellten der Kurie am Vorabend von Peter und Paul ausschließlich der christlichen Erziehung und davon den ganz überwiegenden Teil dem Recht der Eltern auf Schulen eigener Wahl und dem Recht der Kirche, Schulen in eigener Trägerschaft zu unterhalten. Er verteidigte diese beiden Rechte mit großem Nachdruck und betonte, er wolle sich dieser Sache mit den verschiedenen Episkopaten an vorderster Stelle („in prima persona“) einsetzen. Der Papst entwarf dabei ein Bild von der katholischen Schule, nach dem diese Modell einer ganzheitlichen christlichen Erziehung sein sollen. Das Evangelium, so der Papst, sei „die Sache der katholischen Schule“ und diese selbst Ort einer „universalen kulturellen Synthese“ der christlichen Sicht des Menschen und der Geschichte, die sie auch Menschen „plausibel“ mache, die den katholischen Glauben nicht teilen. Da wenige Tage später der inzwischen zurückgetretene französische Ministerpräsident *Pierre Mauroy* im Vatikan war, verlief dessen Besuch nicht gerade spannungsfrei, so sehr Mauroy sich bemühte, Standpunktgleichheit zwischen der französischen Regierung und dem Vatikan festzustellen. Daß das päpstliche Monitum nicht Frankreich allein galt, zeigte sich u. a. daran, daß sich gleich Tags darauf im *Corriere della Sera* (1. 7. 84) die Führung des „Movimento popolare“, der politischen Organisation von „Comunione e liberazione“, zu Wort meldete, in Italien seien die katholischen Schulen sehr viel schlechter gestellt und man wolle alles tun, um dies gesetzlich zu ändern. Die Rede des Papstes dürfte auf jeden Fall über den Tag hinaus Bedeutung für die Politik des gegenwärtigen Pontifikats haben. Sie liest sich wie ein Signal dafür, nach Festigung innerkirchlicher Bereiche (Klerus, Orden) die klassischen gesellschaftlichen Felder katholischer Präsenz wieder neu zu besetzen.

Tagesordnungspunkt war die Wahl des neuen Vorstands. Zur Vorsitzenden der 1968 gegründeten Arbeitsgemeinschaft wählten die Delegierten *Resi König* vom Katholischen Deutschen Frauenbund. Stellvertreter wurden der bisherige Vorsitzende *Hans-Georg Marohl* und *Heinrich Sudmann* vom Familienbund der Deutschen Katholiken. Nach einem Grundsatzreferat zum Thema „Verantwortlich sind die anderen“. Personale Verantwortung und Subsidiarität in unserer Gesellschaft“ (*Helmut Josef Patt*) beschäftigten sich die Delegierten in vier Arbeitskreisen mit Fragen der Familie, der sozialen Sicherung, der Erziehung und des Verhältnisses der katholischen Verbände zu den Pfarrgemeinden. Zum Schluß der Delegiertenversammlung kam der Augsburger Sozialethiker *Anton Rauscher* zu Wort: Rauscher beklagte in seinem Referat die vielfach anzutreffende „Säkularisierung des christlich-sozialen Denkens“, die sich in der Unsicherheit bei manchen Verbänden darüber äußere, welches die Grundaussagen und -normen der katholischen Soziallehre seien. Nach Rauschers Meinung können die katholischen Verbände ihren Weltauftrag nicht ohne die katholische Soziallehre erfüllen. Es gehöre zu den aktuellen Aufgaben der katholischen Verbände, viele ihrer Mitglieder zu befähigen und zu ermutigen, Verantwortung in Kirche, Gesellschaft und Staat zu übernehmen.

Etwa 55 000 Protestanten trafen sich am 20. und 21. Juni in Essen zum sechsten „Gemeindetag unter dem Wort“. Der von pietistisch und evangelikal geprägten Gruppierungen im deutschen Protestantismus getragene Gemeindetag findet jeweils alternierend mit dem Deutschen Evangelischen Kirchentag statt. Nach einem Begrüßungsabend am 20. Juni kamen die Teilnehmer am Vormittag des 21. Juni zu Bibelarbeiten und Themenkonferenzen zusammen. Dabei ging es um die Themen „Seelsorge und Gemeinschaft“, „Missionarische Gemeinde“, „Weltmission“, „Erziehung“, „Orientierung in theologischer Verwirrung“ und „Diakonie“. Bei der zentralen Schlußveranstaltung unter dem Motto „Jesus Christus – die Quelle des Lebens“ warnte der Vorsitzende des Gemeindetages und Präsident des „Gnadauer Verbandes“ (die größte pietistische Gruppe im deutschen Protestantismus), *Kurt Heimbucher*, vor „falschen Propheten“, die das Evangelium in eine religiös-politische Ideologie verfälschten. Er kritisierte die „falsche Frömmigkeit“ vieler Christen, die „Flucht in die Tradition, in den Kult, in die Welt der Gefühle, in eine kleinbürgerliche Enge“ sei. Für die Christen gehe es heute darum, wer Herr ihres Lebens sei und welchen Maßstäben sie sich letztlich verpflichtet fühlten. Vor Journalisten gestand Heimbucher ein, daß

Vor Beginn des Katholikentags traf sich in München am 3. und 4. Juli die Arbeitsgemeinschaft der katholischen Verbände Deutschlands zu ihrer 9. Delegiertenversammlung. Mit dieser Delegiertenversammlung trat die neue *Ordnung der Arbeitsgemeinschaft* in Kraft, die 1982 beschlossen worden war. Wichtigster